

N i e d e r s c h r i f t
über den öffentlichen Teil der 27. Sitzung
des Ausschusses für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
am 28. August 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7238](#)
Verfahrensfragen..... 4
2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Ausstiegsprogramme hinsichtlich aller Phänomenbereiche“**
(abgesetzt)..... 5
3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG**
(in vertraulicher Sitzung) 6

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Alexander Wille (CDU), stellvertretender Vorsitzender
2. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD)
3. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
4. Abg. Sebastian Zinke (SPD)
5. Abg. Lena-Sophie Laue (CDU)
6. Abg. Christoph Plett (CDU)
7. Abg. Alexander Saade (in Vertretung des Abg. Gerd Hujahn)(SPD)
8. Abg. Nadja Weippert (in Vertretung der Abg. Evrim Camuz) (GRÜNE)
9. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
10. Abg. Klaus Wichmann (AfD)

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Martin.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13:59 Uhr bis 14:04 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Billigung von Niederschriften

Der **Ausschuss** billigt die Niederschriften über den öffentlichen Teil der 19. Sitzung und über die 25. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Einrichtung eines Parlamentarischen Kontrollgremiums in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/7238](#)

direkt überwiesen am 19.05.2025

federführend: AfRuV;

mitberatend: AfVerfSch

Verfahrensfragen

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) schlägt vor, schriftliche Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf einzuholen und hierzu den gleichen Kreis anzusprechen, der bereits zum Gesetzentwurf zur Änderung nachrichtendienstlicher Bestimmungen ([Drs. 19/5930](#)) angehört worden sei.

Abg. **Christoph Plett** (CDU) schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an.

Abg. **Klaus Wichmann** (AfD) regt an, den Verfassungsschutzpräsidenten in die Anhörung einzubeziehen.

Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) erklärt, er sehe keine Notwendigkeit, eine Stellungnahme der Landesregierung zu dem Gesetzentwurf einzuholen. Schließlich handele es sich bei dem Gesetzentwurf um eine innerparlamentarische Angelegenheit; entsprechend sei er durch die Fraktionen eingebracht worden.

Der **Ausschuss** beschließt, zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Der Kreis der Anzuhörenden soll derselbe wie beim Gesetzentwurf der Landesregierung in [Drs. 19/5930](#) sein.

Den Antrag des Abg. Wichmann, auch den Verfassungsschutzpräsidenten um Stellungnahme zu bitten, lehnt der Ausschuss ab.

Tagesordnungspunkt 2:

Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Ausstiegsprogramme hinsichtlich aller Phänomenbereiche“

Die Unterrichtung wurde von der Fraktion der Grünen mit Schreiben vom 14. Juli 2025 erbeten.

Auf Antrag des Abg. **Sebastian Zinke** (SPD) setzt der **Ausschuss** diesen Punkt einstimmig von der Tagesordnung ab. Er soll in einer späteren Sitzung behandelt werden.

Tagesordnungspunkt 3:

Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 NVerfSchG

Der **Ausschuss** nimmt die Unterrichtung in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegen. Darüber wird eine gesonderte Niederschrift erstellt.
